

Einflüsterer in der Energiepolitik



Es ist in der Schweiz üblich und legitim, bei Wirtschaftsvorlagen die Wirtschaftsverbände zu konsultieren und auf die betriebs- und branchenübergreifenden Interessen Rücksicht zu nehmen. Doch wer deutet die übergeordneten Interessen der Wirtschaft in der Energiepolitik? Es gibt nämlich Unternehmen, die ein Interesse an viel Stromproduktion und Erdölverkäufen haben. Und es gibt umgekehrt Unternehmen, die mit dem Energiesparen verdienen: zum Beispiel die Tausenden von KMU mit Wärmetechnik, Gebäudeisolation, Haustechnik, Baustoffen, Heizung, Lüftung oder mit Cleantech.

Die Wirtschaft ist in der Energiefrage naturgemäss gespalten. Der Dachverband Economiesuisse wirkt mit seiner rigiden antistaatlichen Energiepolitik nicht als einigendes Sprachrohr, sondern als Spalter. Der Unternehmerverband Swiss Cleantech

«Der Entscheid über den Atomausstieg hat nur symbolische Bedeutung. Wichtig ist, was ihm folgt.»

und ein Teil des Gewerbes gelten demgegenüber als Vorreiter eines zukunftsfähigeren Energiepfads.

Das politische Gedächtnis ist ja kurzlebig. Doch in der Langfristthematik Energiepolitik lohnt sich ein Rückblick: Die Energievorlagen vom September 2000 sollten ein Lehrstück für heute sein.

Es ging damals um eine Volksinitiative für einen Solarrappen. Die Vorlage verlangte einen Rappen pro Kilowattstunde für die Förderung erneuerbarer Energien. Dieser Initiative der Solarbranche und der Umweltverbände stellten Bundesrat und Parlament eine moderatere Alternative gegenüber, nämlich einen Verfassungsartikel für eine Förderabgabe für erneuerbare Energien von 0,3 Rappen pro Kilowattstunde auf allen Energieträgern. Vorgesehen wäre dies für zehn Jahre gewesen, mit der Möglichkeit einer Verlängerung um fünf Jahre. Dieser Abgabesatz entsprach 2,7 Rappen pro Liter Benzin oder Heizöl.

Für die Vorlage waren der Baumeisterverband, alle Gewerbeverbände rund um die Bau- und Haustechnik, der Bauernverband und die Holzwirtschaft, die Regierungs-

konferenz der Gebirgskantone, alle Gewerkschaften, die Konsumenten- und Umweltverbände.

Erst nach den Schlussabstimmungen im Parlament regte sich einer mit dem Drohbild vom «überbordenden Interventionsstaat». Er mobilisierte die Economiesuisse für eine Gegenkampagne und beschaffte Abstimmungsmillionen bei jenen bekannten Energiekonzernen, die kein Interesse am Stromsparen haben.

Dieser Opponent hatte sich zuvor noch nie in der Energiepolitik hervorgetan. Es war der Finanzpolitiker Gerold Bühler. Mit dem «Kampf gegen neue Steuern» mobilisierte er nochmals den staatsfeindlichen Zeitgeist der 90er-Jahre. Mit der teuren Kampagne der Energiekonzerne wurde der Verfassungsartikel über eine Förderabgabe für erneuerbare Energien schliesslich mit 54% Nein-Stimmen relativ knapp abgelehnt.

Im Rückblick ist dies eine verpasste Chance. Sie hätte pro Jahr 300 bis 400 Millionen Franken Förderertrag für Investitionsanreize gebracht und dadurch innert eines Jahrzehnts mittels Mobilisierung privater Investitionen rund 15 bis 20 Milliarden Franken für Energieeffizienz und erneuerbare Energien ausgelöst. Die stromfressenden Elektrospeicherheizungen wären heute komplett verschwunden und ersetzt. Insgesamt wäre die Strommenge eines Atomkraftwerks eingespart worden. Die Schweiz wäre in Sachen Energie-Zukunftstechnologien nicht in die zweite Liga in Europa abgestiegen. Ein verlorenes Jahrzehnt in der Energiepolitik!

Zehn Jahre später holt uns die gleiche Problematik wieder ein. Und die damaligen Gegner wirken jetzt wieder als Einflüsterer gegen eine aktive Energiepolitik.

Der Initiant der damaligen Gegenkampagne, Gerold Bühler, wurde bald nach seinem Abstimmungssieg Parteipräsident der FDP. Mit seiner scharfen Antistaatpolitik vertrieb er den letzten Gymnasiallehrer aus der Partei. Dann musste er nach dem Swislife-Debakel als Parteipräsident den Hut nehmen.

Als Parlamentarier und heutiger Präsident des Dachverbands Economiesuisse hatte er nie eine industriepolitische Ader. Seine Passion und sein Röhrenblick waren stets auf die Antifiskalpolitik gerichtet. Und er machte den Antifiskalisten Pascal Gentina, früher als Beamter der Finanzverwaltung angestellt, zum Verbandsdirektor.

Der Kampf gegen Steuern scheint die letzte Klammer zu sein, die den

geschwächten Wirtschaftsverband Economiesuisse noch zusammenhält. In so wichtigen Fragen wie Energiepolitik, Bildungspolitik, Europakurs, Banken- und Geldpolitik oder Managerboni hat die Verbandsführung die reale Wirtschaft gespalten und geschwächt, nicht geeint. Für eine aktive Energiepolitik gibt es immerhin rationale ökonomische Gründe jenseits aller kurzfristigen Emotionen:

● Faktum eins: 99 % aller unabhängigen Ökonomen und Energiemarktbeobachter sagen für die nächsten zwei, drei Jahrzehnte eine weltweite Energiepreiserhöhung voraus (auch bei Atomkraft wegen massiv steigender Sicherheitsaufwendungen). Die heutigen Marktpreise reflektieren demzufolge die zukünftige Preisentwicklung nicht.

● Faktum zwei: Betriebliche Energieinvestitionen müssen auf mindestens 20 bis 30 Jahre gerechnet und abgeschrieben werden.

● Faktum drei: Betriebs- und volkswirtschaftlich ist es rational, die höheren Energiepreise der Zukunft heute schon einzukalkulieren und vorwegzunehmen - sei es durch Abgaben auf Energie (am wirksamsten mit Investitionsanreizen verbunden) oder durch strenge technische Effizienzvorschriften. Das ist vorausschauende wirtschaftliche Logik. Wer dies bekämpft, kann nicht wirtschaftliche Voraussicht für sich beanspruchen.

Der jetzt fällige Entscheid über den Atomausstieg hat vorerst nur symbolische Bedeutung. Entscheidender sind die Massnahmen, die daraus abgeleitet werden. Doch es ist richtig und rational, jetzt mit einem strategischen Grundsatzentscheid die

Dienstagskolumne

Der Ex-Preisüberwacher Rudolf Strahm wechselt sich ab mit dem Politgeografen Michael Hermann sowie mit der Autorin und Filmregisseurin Güzin Kar.

Marschrichtung vorzugeben, um danach mit einem Langfristziel die nötigen Massnahmen zu beschliessen. Die Wirtschaft und die Konsumenten sind innovativ und anpassungsfähig, wenn sie genügend Anpassungszeit haben. Und für Härtefälle bei energieintensiven Branchen gibt es gute Lösungen.

Die Politik muss jetzt die langfristige strategische Marschrichtung für die Energiezukunft vorgeben. Die Wirtschaft wird sich darauf einstellen - und dabei gewinnen. Es gilt auch hier der alte urdemokratische Leitsatz gegen alle Sonderinteressen: Keep politics in command. - Die Politik muss die Vorgaben machen.